Dresdner Neueste Nachrichten

Anzeigenpreise: Die 36 mm breite Zeile kostet 0.30 Goldmark, für auswärts 0.35 Goldmark, für das Ausland 0.40 Goldmark. Die Reklamezeile, 81 mm breit, kostet 1.50 Goldmark, für auswärts 2.00 Goldmark. – Die Briefgebühr für Buchstabenanzeigen beträgt 0.10 Goldmark. – Für Einhaltung an bestimmten Tagen und Plätzen kann eine Gewähr nicht übernommen werden.

Unabhängige Tageszeitung mit Handels- und Industrie-Zeitung

Bezugspreise: Für den laufenden Monat 1 G.-Mark bei freier Zustellung durch Boten. Postbezug für Monat Februar 2.00 Goldmark, für die Tschecho-Slowakei monatlich č Kr. 15. Kreuzbandsendungen: im Inlande wöchentlich 0.90 Goldmark, nach dem Auslande 1.20 Goldmark. Einzelnummer 10 G.-Pfennig

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle Dresden-A., Ferdinandstr. 4. • Fernruf: 20024, 27951, 27952, 27953. • Telegramme: Neueste Dresden. • Postscheck: Dresden 2060

Unverlangte Einsendungen (ohne Rückporto) werden weder zurückgesandt noch aufbewahrt. – Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streiks haben unsre Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts

Nr 36 | Donnerstag, 12. Februar 1925 | XXXIII. Jahrg.

Schwere Anklagen gegen die russische Botschaft

Der Generalstab des geplanten Aufstandes im Herbst 1923 hatte seinen Sitz in der Berliner russischen Botschaft — Weitere Verhaftungen in der Barmat-Affaire bevorstehend

Unerhörte Verletzung des Exterritorialrechts

Die bisherigen Verhandlungen im Leipziger Prozeß gegen die deutsche Tscheka haben zu ungewöhnlich bemerkenswerten Feststellungen geführt. Nach den bisherigen Aussagen des kommunistischen Hauptangeklagten Neumann ist nunmehr festgestellt, daß die kommunistische Reichszentrale auf Befehl Rußlands im Herbst 1923 den bewaffneten Aufstand in Deutschland vorbereitete. Im Oktober 1923 wurde vom Abgeordneten Koenen von Berlin aus der „Mobilmachungsbefehl" an die Partei erlassen. Hierauf traten die Kommunisten in die sächsische Regierung ein, wobei ihnen der linke Flügel der sächsischen Sozialdemokratie weit entgegenkam. Der Plan war, von der Tribüne des sächsischen Parlaments aus die Massen in Deutschland zum bewaffneten Aufruhr aufzurufen.

Einwandfrei ist ferner — und das ist noch bedeutsamer — festgestellt worden, daß die Berliner russische Botschaft der Hauptsitz dieser Verschwörung gegen den Bestand des deutschen Staates gewesen ist. Der Angeklagte Neumann gab zu, daß der Waffenbeschaffungsstelle des kommunistischen Revolutionskomitees die Mittel zum Ankauf der Waffen von der russischen Botschaft zur Verfügung gestellt worden sind. Die von Rußland gezahlte Summe soll etwa 300000 Dollar betragen haben. Neumann selbst hat an der Kasse der russischen Botschaft 35000 Dollar erhoben.

Ferner: der militärische Leiter des Aufstandes war der russische Delegierte Skoblewsky. Dieser, der ein früherer russischer Offizier sein soll, hatte seinen Sitz in der russischen Botschaft. Er hat den Plan zum Vormarsch auf Berlin ausgearbeitet. Wir sind sehr gespannt, welche diplomatischen Konsequenzen das deutsche Auswärtige Amt aus diesem Verhalten der russischen Botschaft und dieser unerhört krassen Verletzung des internationalen Exterritorialrechtes ziehen wird.

(Vergl. den ausführlichen Prozeßbericht auf Seite 3)

Was denkt Frankreich von Deutschland?

Von General Percin (Paris)

Paris, 6. Februar

Vier französische Verleger haben sich gewetzert, ein Buch von mir zu verlegen, in dem ich unter dem Titel „Krieg dem Kriege" versuche, Haß gegen den Krieg zu erwecken und seine Wiederkehr zu beschwören. Nicht, daß die Verleger den Krieg lieben. Sie hassen ihn wie ich. Aber wenn sie mein Buch verlegen wollten, so haben sie eingewendet, würde man behaupten, sie seien von unsern Nachbarn bezahlt, um Gutes über sie zu sagen. Wenn ich sie recht verstanden habe, muß man, um als guter Franzose zu gelten, schlecht über die Deutschen reden. Man muß sie als Barbaren, unwürdig jeder Schonung bezeichnen, als Menschen, die, wie Poincaré in seiner Rede in Triaucourt am 20. August 1922 erklärt hat, „sich Grausamkeiten zuschulden kommen ließen, deren Unterdrückung vor dem Kriege in Konferenzen zwischen den Vertretern aller zivilisierten Völker beschlossen war"; als Menschen, die, wie Joseph Bédier, Professor am Collège de France, in seinem Buche „Die deutschen Verbrechen" geschrieben hat, „auf eine Weise Krieg führen, wie es weder die Soldaten Marceaus getan haben, noch Joffres Soldaten tun werden und wie es überhaupt in der Geschichte Frankreichs, der Mutter der Künste und der Gesetze, niemals vorgekommen ist".

Böswillige Zeitungen erhalten die Haßgefühle zwischen den beiden Völkern. Kürzlich erzählte eine von ihnen, daß ein deutscher Offizier die Franzosen mit Kokain vergiftete, da er dies nicht mehr mit Giftgasen tun kann. Diese unsinnige Sensationsaffaire wurde sofort von den andern Zeitungen nachgedruckt. Nicht eine einzige bezweifelte ihre Richtigkeit. Nicht eine zog hervor, wie ungeheuerlich die Geschichte klang. Man fragt sich, wer diese widerliche Propaganda bezahlt.

Als am 22. Juni 1917 ein Senator während der Sitzung erklärte, ein maßgebender Franzose habe die Mitteilung gemacht, auch die Ententeregierungen trügen ihren Teil der Schuld am Ausbruch des Weltkrieges, rief ein andrer Senator: „Man sollte ihm den Hals abschneiden." Am gleichen Tage warf Clemenceau der Regierung vor, den Briefwechsel der Defaitisten nicht genügend zu überwachen, und las bei dieser Gelegenheit einen Brief vor, dessen Verfasser behauptete, daß gewisse Franzosen in gleicher Weise wie die Deutschen Grausamkeiten begangen hätten. Viele Senatoren riefen: „Zur Guillotine mit ihm. Den Kopf ab!" Anfang 1924 veröffentlichte man unter dem Titel „Kriegsgreuel" eine Aufzählung von Grausamkeiten, die vor 1914 von [illegible] Soldaten begangen worden waren. Der Aufsatz kam einer mir befreundeten Dame unter die Augen, die mich daraufhin in einem Pariser Salon als schlechten Franzosen behandelte. „Habe ich etwas Unrichtiges gesagt?" fragte ich. „Ach nein, Herr General", antwortete sie, „ich kenne Sie zu gut, um auch nur einen Augenblick daran zu zweifeln, daß Sie zuverlässig dokumentiert sind. Aber es gibt Dinge, die man nicht sagen darf, selbst wenn sie wahr sind."

Diese sogenannten Patrioten lassen es nicht zu, daß ein Franzose Frankreich unrecht gibt. Aber andrerseits loben sie die Deutschen, die Deutschland unrecht geben. Im August 1922 haben die französischen Nationalistenblätter den deutschen Professor Förster mit Lobsprüchen überhäuft, als er in einem Vortrag, den er in Genf hielt, die Politik seiner Regierung desavouierte. Desgleichen haben sie Professor Brentano gelobt, der im Jahre 1920 in einem Briefe an die Revue „La Paix par le Droit" erklärte, daß er sich seit 1916 mit dem berüchtigten Manifest der Dreiundneunzig nicht mehr einverstanden erklären könnte. Sie haben den Gelehrten Einstein und viele andre aus dem gleichen Grunde gelobt. Aber sie haben die Dreiundneunzig getadelt, die geradeso gehandelt haben, wie es nach ihrer Meinung Pflicht aller Franzosen sein sollte. Gibt es denn eine Moral für die Franzosen und eine andre für die Deutschen?

Die französischen Zeitungen behandeln mich ebenso wie die Verleger, die von meinem Buch nichts wissen wollen. Abgesehen von einigen wenig gelesenen Blättern, habe ich Mühe, eine Zeitung zu finden, die mir gestattet, das zu sagen, was ich denke.

* * *

Wenn man sich Rechenschaft geben will über den Geisteszustand, der in Frankreich in seinem Verhalten zu Deutschland herrscht, muß man die Rede lesen, die Herriot am 28. Januar 1925 in der Kammer gehalten hat. Nach seiner Behauptung sinnt Deutschland nur auf Rache und stellt seine Rüstung wieder her. Es wartet auf die Gelegenheit, uns anzugreifen. Leider ist diese Rede sowohl auf der Rechten, als auch auf der Linken der Kammer mit begeistertem Beifall aufgenommen worden. Man hat mit einer ungeheuren Mehrheit ihrer Verbreitung durch Maueranschlag zugestimmt. Es hat daher den Anschein, als ob sie die Gefühle der Mehrzahl der Franzosen widergebe. Herriot machte dem Nachbarvolke den Vorwurf, daß es den Rhein als deutschen Strom betrachte, wie wenn darüber irgendein Zweifel bestehen könnte. Er klagte die Deutschen an, lügenhafte Flugschriften solchen Inhalts zu verbreiten.

Am 28. September 1924 hat General Gouraud, Militärgouverneur von Paris, bei der Einweihung eines Soldatendenkmals auf dem Hofe von Navarin in der Champagne folgende haßtriefende Worte gesprochen: „Welche Pflichten haben die Franzosen gegen ein Volk, das mit dem Genie der Lüge begabt ist?" Marineminister Dumesnil, der bei der Zeremonie zugegen war, erklärte sich stillschweigend damit einverstanden. Auch Herriot hat sie nicht desavouiert. Diese Beschimpfung bleibt also auf den Deutschen haften. Unsre Staatsmänner zittern vor den Generalen. Sie haben es zugegeben, daß der Kommandant der Besatzungstruppen in den Rheinprovinzen, General Degoutte, erklärt, wir würden, falls man, tausend Jahre am Rhein bleiben. Sie haben zugestanden, daß Marschall Foch am 18. April 1919 in einem Interview einem Redakteur des „Daily Mail" erklärte: „Da wir jetzt doch den Rhein erreicht haben, müssen wir dort bleiben. Sagen Sie das Ihren Mitbürgern. Das ist unsre einzige Sicherheit." Sie haben zugestanden, daß Marschall Fayolle in der Vereinigung ehemaliger Schüler der Polytechnischen Hochschule am 20. Januar 1922 folgende Worte sprach: „Der letzte Krieg bedeutet nur eine Episode in dem Kampfe, der seit Jahrhunderten zwischen den Germanen und den Lateinern im Gange ist. Der Krieg wird wiederkommen." Ein französischer Marschall ist es also, der die Deutschen auf die Wiederkehr eines furchtbaren Krieges mit Frankreich nachdrücklichst aufmerksam macht.

* * *

In seiner Rede vom 28. Januar verteidigte sich Herriot gegen den Vorwurf, er wolle die Rheinprovinzen annektieren. Aber mehr als zehnmal sagte er, daß wir so lange am Rhein bleiben werden, als es unsre Sicherheit erfordere. Mit andern Worten: er rezitierte die Lektion, die er bei Degoutte und Foch eingelernt hatte. Das Bedürfnis der Sicherheit ist aber nicht das eines Augenblicks, vielmehr bleibt die Sicherheitsfrage bestehen, solange es ein Deutschland und ein Frankreich gibt, woraus der Schluß zu ziehen ist, daß Herriot die Besetzung des linken Rheinufers auf unbestimmte Dauer für notwendig hält. Wahnsinn wäre es, zu glauben, daß ein Volk, dessen Zahl bald doppelt so groß sein wird als die unsre, die Erniedrigung einer fristlosen Besetzung annehmen werde, ohne zu protestieren. Die Besetzung früheren feindlichen Gebiets ist gleichbedeutend mit einem Strafakt, ein Ueberbleibsel aus der Zeit, in der man den geschlagenen Herrscher dadurch demütigte, daß man ihm Soldaten ins Land setzte. Man entwürdigte ihn auf diese Weise vor seinen Untertanen. Damals war die Armee des Herrschers einige zehntausend Mann stark; aber heute bestehen die Volksheere aus mehreren Millionen Soldaten. Eine Okkupationsarmee könnte mit einem Schlage vernichtet werden. Glücklicherweise liegt den Deutschen eine solche Absicht fern.

Die Zurückziehung unsrer Besatzungstruppen würde bei uns einen um so stärkere moralische Wirkung erzielen, als das französische Volk fest davon überzeugt ist, daß die Besetzung des linken Rheinufers eine unverbrüchliche Garantie unsrer Sicherheit bildet, so wie es Marschall Foch behauptet hat. Es glaubt, daß sich der nächste Krieg auf deutschem Boden abspielen werde, wie Maginot am 2. März 1923 in der Kammer erklärt hat. Es glaubt, daß diesmal der Kölner Dom und nicht die Kathedrale von Reims unter Geschützfeuer geraten werde, wie Oberst Fabry am 18. März 1924 in der Kammer sagte.

Solange wir die Deutschen als eventuellen Feind betrachten, müssen wir bis an die Zähne bewaffnet bleiben. Es gibt keine andre Garantie für unsre Sicherheit und unsre Wiederaufrichtung, als eine französisch-deutsche Annäherung. Selbst auf die Gefahr hin, deutschfreundlicher Empfindungen

Dr. Hoefle in Untersuchungshaft

Neues belastendes Material — Verhaftung von Lange-Hegermann bevorstehend?

B. Berlin, 11. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Gestern nachmittag wurde der Reichspostminister a. D. Dr. Hoefle festgenommen. Über diese Verhaftung, die im Moabiter Gerichtsgebäude erfolgte, werden noch folgende Einzelheiten gemeldet:

Dr. Hoefle hatte bekanntlich am Montag, als er sein Mandat niederlegte, die Staatsanwaltschaft bitten lassen, von seiner Verhaftung abzusehen, da er an Flucht nicht denke. (Vergl. dazu unsre gestrigen Berichte. D. Red.) Der Oberstaatsanwalt Linde, der den ganzen Komplex Kutisker, Barmat, Hoefle, Depositen- und Handelsbank bearbeitet, hatte noch am Dienstag mittag im Justizministerium eine längere Konferenz, bei der man zu dem Ergebnis kam, Dr. Hoefle müsse zur Vermeidung der Verdunkelungsgefahr vorläufig festgenommen werden. Die Staatsanwaltschaft rief nunmehr gestern nachmittag in der Villa Hoefle in Lichterfelde an und ersuchte den Minister, sofort nach Moabit zur Vernehmung zu kommen. Als Hoefle nach Moabit kam, wurde ihm mitgeteilt, daß er sich vorläufig als festgenommen zu betrachten habe, und daß voraussichtlich schon in wenigen Stunden der endgültige Haftbefehl gegen ihn ergehen werde.

Zu dieser Maßnahme haben wohl die Angaben Julius Barmats in den letzten Tagen beigetragen, der Dr. Hoefle belastet hat. Andrerseits waren auch Nachrichten über gewisse private Geschäfte Hoefles und über Handkäufe in Berlin bekanntgeworden, die der Staatsanwaltschaft höchst verdächtig erschienen. Außerdem scheint Hoefle auch in der Angelegenheit der „Depositen- und Handelsbank" nicht unwesentlich belastet. Bereits im vorigen Sommer ist Hoefle von einem Aufsichtsratsmitglied der Depositen- und Handelsbank darüber unterrichtet worden, daß in der Bank sehr viel faul sei und die Post unbedingt durchgreifen müsse. Trotzdem hat Hoefle nichts gegen die Bank unternommen. In einigen Kontoauszügen der Depositen- und Handelsbank erscheint Hoefle zudem mit Summen, die der näheren Aufklärung dringend bedürfen.

Nach der Vernehmung Hoefles fand, wie der „Lok.-Anz." zu berichten weiß, eine Beratung sämtlicher an der Affäre Barmat, Kutisker usw. beschäftigten Staatsanwälte und Untersuchungsrichter statt, deren Ergebnis war, daß ein Haftbefehl gegen Hoefle erlassen und er in das Untersuchungsgefängnis eingeliefert wurde. Es sollen nämlich noch in den letzten Tagen, und zwar in den späten Abendstunden, verdächtige Kisten aus der Villa des Dr. Hoefle fortgeschafft worden sein. Den Weg von Dr. Hoefle wird vermutlich auch Herr Lange-Hegermann zu gehen haben. Das „Berliner Tageblatt" meldet, daß Herr Lange-Hegermann in aller Form vom Vorstand der Zentrumsfraktion des Reichstags aufgefordert ist, sein Mandat niederzulegen. Herr Lange-Hegermann hat sich trotzdem bisher immer noch nicht dazu entschlossen. Im „Lok.-Anz." wird angedeutet, daß, falls Herr Lange-Hegermann sein Mandat nicht niederlege, die Staatsanwaltschaft an den Reichstag das Ersuchen um Aufhebung der Immunität stellen wird.

Die passive Bestechung, die Dr. Hoefle vorgeworfen wird, wird vom Strafgesetzbuch mit Zuchthaus bis zu fünf Jahren bedroht. Es ist in der deutschen Geschichte übrigens der erste Fall, daß ein Minister in den Verdacht geraten ist, bestochen worden zu sein. Gegen Herrn Gustav Bauer hat, wie im „Vorwärts" mitgeteilt wird, der engere Bezirksvorstand der Berliner Parteiorganisation den Antrag auf Ausschluß aus der Partei gestellt.

•

Polizeipräsident Richter als Beauftragter der Frau Barmat

B. Berlin, 11. Februar. (Eig. Drahtbericht.) Ein eigenartiger Vorfall hat sich gestern zwischen einem Herrn Tannenzapf, der angeblich der „Börsenzeitung" das von ihr veröffentlichte Barmat-Material besorgt hat, und Frau Barmat abgespielt. Herr Tannenzapf war nach Holland gefahren und man glaubte, daß er von dort aus neues Material gegen die Barmats mitbringen würde. Frau Barmat setzte sich nun resolut mit dem Parteigenossen Richter vom Berliner Polizeipräsidium in Verbindung und erwirkte von diesem die Erlaubnis zu Tannenzapfs Verhaftung. Als Tannenzapf am Zoologischen Garten ankam, wurde er festgenommen. Man fand aber kein Material bei ihm und Tannenzapf erklärte, was freilich auch seltsam ist, daß er in amtlichem Auftrag nach Holland gefahren sei. So wurde er denn wieder entlassen. Aber auch dieser Fall zeigt, daß Herr Richter unmöglich weiterhin Polizeipräsident bleiben kann.

Der Papst gegen Herriot

× Rom, 10. Februar. Der Papst hielt am Sonntag gelegentlich der Verlesung der vorbereitenden Dekrete für die Heiligsprechung der Franzosen Barat und Eudes eine Ansprache, in der er sich in scharfen Worten gegen die antikirchliche Politik Herriots wandte.

Er erklärte, er könne seinen Kummer und seine Besorgnisse nicht verheimlichen. „Wir glauben", so führte der Papst aus, „sagen zu können, daß wir füglich eine solche Handlungsweise am wenigsten von einem Lande erwarten konnten, das uns so teuer ist und den Namen des Erstgeborenen in der großen katholischen Familie trägt." Der Papst bedauerte, daß man alles mögliche tue und sage, um die Beziehungen abzubrechen, die man früher gewollt, deren Einhaltung man versprochen und die der Heilige Stuhl selbst stets gewissenhaft eingehalten habe und seinerseits auch immer einhalten werde. Er rügte, daß man öffentlich und ohne weiteres vorschlage, diese Beziehungen in solche von andrer Form und Bedeutung umzuwandeln. Ein derartiges Vorgehen sei eine offenbare und allerseits bemerkte Beleidigung nicht seiner Person, die nicht in Betracht kommen dürfe, sondern des Heiligen Stuhles, auf dem selbst in der Person eines unwürdigen Stellvertreters doch immer die göttliche Majestät Jesu Christi thront. Zudem seien die Tatsachen von Staatsmännern in der Oeffentlichkeit entstellt worden. Diese ganze Handlungsweise gegen jemand, der keine andre Waffe habe, als sein gutes Recht auf Fortdauer der Beziehungen, die man abbrechen wolle, sei nicht gerecht und nicht edelmütig. Eine solche Handlungsweise sei vielmehr, um es mit einem Worte zu sagen, nicht französisch.

Der Papst wies sodann darauf hin, daß auch aus Bösem Gutes entstehe, insofern nämlich, als durch ganz Frankreich religiöses Erwachen gehe.